

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riefa.
Jernus Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, des Amtsgerichts beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißner.

Postfachkonto: Dresden 1534
Stroße Riefa Nr. 22.

Nr. 214.

Dienstag, 14. September 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligte Rubrik erstlich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Polnischer Dank.

Die polnische Regierung hat der deutschen Gesandtschaft in Warschau eine Note übermittelt, in der sie jegliche Erklärung über den Gegenstand des Beschlusses der Chorzow-Werke ausschließt. Mit keinem Wort geht die Note auf die Frage der Entschädigung ein, die Deutschland wegen der Ueberlassung dieser widerrechtlich annektierten Werke ausbezahlt werden muß. Um das Unglaubliche dieser polnischen Ablehnung zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß bereits der internationale Gerichtshof im Haag im Auftrage des Völkerbundes die Angelegenheit behandelt. Nach genauer Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse hat der Haager Gerichtshof das deutsche Eigentumsrecht an den Chorzow-Werken unmissverständlich anerkannt. Nach diesem Spruch wäre Polen also verpflichtet, die Werke wieder Deutschland herauszugeben. In wiederholten Malen ist die deutsche Regierung in Warschau vorgegangen, um die polnischen Herren an die Erfüllung dieser Verpflichtung zu erinnern. Die deutschen Forderungen trafen jedoch nur auf eifriges Schweigen, das sich auch dann nicht löste, als die Sprache in Berlin etwas schroffer wurde. Jetzt endlich hat sich Warschau zur Antwort bequemt. Und diese Antwort ist die Weigerung, den Rechtsanspruch des Haager Gerichtshofes durchzuführen.

Man hat sich zu erinnern, daß es in der Hauptsache die polnische Forderung auf den Ratifikationsvertrag, die die letzte Krise in Genf auslöste, das es lediglich das Entgegenkommen gewisser Völkerbundsmächte den polnischen Wünschen gegenüber war, die den Genfer Bund nicht vor den Abgrund brachten. Alles, was in Genf sich ereignete, die genaue Kompromisse, der ganze Meinungsstreit, alles drehte sich nur in der Hauptsache um die Befriedigung oder Nichtbefriedigung polnischer Wünsche. Die Völkerbundsmacht hinter den Kulissen hat es nun nämlich zugeben gedrängt, daß die polnische Forderung so ziemlich rechtlos erweist ist. Polen steht zwar als nichtständiges, aber doch für eine Reihe von Jahren gewähltes Mitglied in den Rat ein. Das ist das selbe Polen, das jetzt durch seine letzte Note an Deutschland zu erkennen gibt, daß es im Ernstfall gar nicht daran denkt, Beschlüssen oder Anordnungen von Völkerbundsinstitutionen Folge zu leisten. Kann die Rücksicht gegenüber der Autorität des Völkerbundes schroffer und krasser ausgedrückt werden, als durch diese Weigerung Polens, die Deutschland zugesprochenen Chorzow-Werke wieder auszuliefern oder zum mindesten dem bernaubten Staat eine Entschädigung zu gewähren, die dem Verlust gleichkommt? Glaubte vielleicht Polen dadurch, daß es gerade im Augenblick seines Einzuges in den Rat sich zu der solange geforderten Antwort bequemt, dort einen „guten Eindruck“ zu machen? Das hieße die Urteilskraft des Völkerbundes doch etwas zu sehr unterschätzen. Denn es kommt ja auf den Inhalt der Antwort an. Und der Inhalt ist so geartet, daß der Völkerbund ihn nicht anders empfinden kann, als einen brutalen Schlag ins Gesicht.

Aber auch für uns Deutsche erwachsen aus dieser polnischen Stellungnahme Lehren und Konsequenzen, denen Rechnung zu tragen sehr dienlich wäre. Wir haben wieder einmal ein Musterbeispiel erhalten, was wir in Wirklichkeit von polnischer Versöhnungspolitik zu halten haben. Das, was Warschau als Versöhnungspolitik ausstößt, ist weiter nichts als Berwertung des Unrechts, das im Versaillescher Schandvertrag niedergelegt ist, noch mehr, wie es ja der Chorzow-Fall lehrt, der letzte Wille, zu dem alten noch neues Unrecht zu fügen. Diese Erkenntnis wird sich unbedingt auf die Entwicklung unserer Völkerbundspolitik gegenüber auswirken haben. Unsere Delegierten in Genf werden sich sagen müssen, daß sie nicht die geringste Förderung nicht gleichzeitig auch eine Förderung der deutschen Interessen umspannt. Wenn es auch leider nicht mehr in unserer Macht liegt, bei der kommenden Wahl zum Völkerbundrat die polnische Kandidatur zu Fall zu bringen, so haben wir doch durch die Nichtbefriedigung der polnischen Wünsche bei unserer Stimmabgabe ein Mittel in der Hand, unseren Protest gegen die Annahme dieses unverschämten Verneinungsrechts deutlich zu machen. Die Wahl ist zwar geheim, aber es steht ja unseren deutschen Völkerbunddelegierten frei, offen und rückhaltlos mitzutreten, aus welchen Gründen sie nicht in der Lage sind, für Polen eine Stimme abzugeben. Summa dies Gründe sind, die ja auch an die Autorität des Völkerbundes rütteln und zumal unsere Herren in Genf zu erkennen gegeben haben, daß Deutschland ein gutes Völkerbundsmittglied werden sollte, so werden die Mächte in Genf, soweit sie sich zu einer lokalen Politik verstehen, dem deutschen Standpunkt Verständnis nicht versagen können.

Zur Angelegenheit der Chorzow-Werke.

Warschau. In einer offiziellen Mitteilung heißt es: Der deutschen Gesandtschaft in Warschau wurde eine Note der polnischen Regierung übergeben, in der vorgeschlagen wird, in schiedsrichterliche Unterhandlungen über die deutschen Ansprüche auf die Chorzow-Werke in Ober-Schlesien einzutreten. Die polnische Regierung schließt vor, daß die „Baverischen Staatswerke“ als die in Betracht kommende deutsche Gesellschaft sich unmittelbar an die Direktion der Chorzow-Werke wenden und ihre Ansprüche formulieren. Die Direktion der Chorzow-Werke ist von der Regierung zur Führung von Unterhandlungen ermächtigt worden. Sofern die Verhandlungen dieser unmittelbaren interessierten Teile kein Ergebnis zeitigen sollten, würden die Regierungen beider Staaten die Angelegenheit in ihre Hand nehmen.

Die kommenden Entscheidungen in Genf.

Genf, 14. September. Bis zum Mittwoch müssen die Unterkommission und die Hauptkommission die Vorschläge überprüft haben, die als Ergebnis der Studienkommission von Anfang September vorliegen. Am Donnerstag soll die Wahl der nichtständigen Ratmitglieder stattfinden. Das Problem ist noch immer nicht völlig geklärt, und aus diesem Grunde ist es nicht verwunderlich, wenn das Hauptinteresse aller Delegationen sich weiter auf die Lösung der Ratfrage konzentriert. Durch die Austrittserklärung Spaniens aus dem Völkerbunde ist eine wertwürdige Situation geschaffen, denn nach den bisherigen Dispositionen kommen für die Ausfüllung nichtständiger Ratplätze 8 Staaten in Frage. Der 8. Sitz war für Spanien bestimmt. Bisher weiß man nicht, wie man diese Lücke ausfüllen oder ob man ganz und gar darauf verzichten soll, wenn Sitze zu besetzen. Es taucht jetzt der Plan auf, Spanien trotz seines Austrittsstatus einen nichtständigen und widerwärtigen Sitz auszurufen, um es auf diese Weise zu bewegen, seinen Austritt nicht zu vollziehen. Die Wahl wird allerdings erst dann vorgenommen werden können, wenn auf die Rückfragen des Völkerbundes in Madrid die Antwort erteilt ist, daß die spanische Regierung sich mit dieser Lösung einverstanden erklärt.

Eine neue Genation bewegt zurzeit alle Gemüter. Es handelt sich um die Ausdehnungsfragen der Locarno-Paktanten, über die Politikus allerdings nicht bekannt ist, da die verhandelnden Staaten zu Stillschweigen sich verpflichtet haben. Eine neue Stimmungsmache hat eingesetzt, und Gerüchte gehen von Mund zu Mund, daß der deutsche Eintritt in den Völkerbund begleitet ist von großen Jugendänderungen, England, Frankreich und Belgien in der Abhaltung und Befestigung. Die Mitglieder der deutschen Delegation verheeren sich, daß auch tatsächlich sich Bestimmtes über die Ergebnisse dieser Unterredungen nicht voraussagen ließe. Alles sei in der Schwebe, und die Fragen seien bei der Einklang der beteiligten Länder so schwierig zu behandeln, daß man wohl annehmen könne, daß erst nach einer gewissen Reihe von Tagen die Sachlage sich überblenden ließe. Es ist selbstverständlich, daß von einer Breite der Hauptdelegationen nicht die Rede sein kann, solange die Unterredungen nicht positiv zu Ende geführt sind. Auf ein großes Entgegenkommen von der Gegenseite scheint man deutscherseits nicht zu rechnen und man hält es für sehr gefährlich, daß die Stimmungsmache versucht, Deutschlands Hoffnungen und Ausichten als hoch zu bezeichnen. Durch diese Art ist es nur möglich, der deutschen Sache zu schaden, da man ein Zurückbleiben hinter den Hoffnungen in bestimmten Kreisen sofort als einen harten Mißerfolg der deutschen Diplomatie verbuchen würde. Es muß gesagt sein, daß das bisherige Verhalten der deutschen Delegation gegen das Spiel der anderen Nationen, das mehr oder weniger durchsichtig ist, aufrecht und glücklich ist. Jede deutsche Operation wird mit außerordentlicher Vorsicht unternommen, ohne daß den Handlungen die nötige Initiative und Schwungkraft fehlt.

Times über die Verteilung der nichtständigen Ratplätze.

London. Ein Genfer Bericht der Times besagt sich in ausführlicher Weise mit der Frage der Verteilung der nichtständigen Ratplätze. In dem Bericht heißt es u. a. Es ist keineswegs sehr leicht, für die neuen nichtständigen Ratplätze geeignete Kandidaten zu finden. In verschiedenen Ländern, wie in Griechenland und Portugal, sind die politischen Verhältnisse so unsicher, daß eine Wahl dieser Staaten in den Völkerbundrat zurzeit nicht wünschenswert erscheint. Die letzten Ereignisse in China lassen auch die Möglichkeit einer Kandidatur dieses Staates fraglich erscheinen. Für den Fall, daß China nicht gewählt werden sollte, wird man einen anderen asiatischen Staat landieren lassen, wahrscheinlich Persien oder Siam. Eine Vereinbarung zufolge soll Rumänien in diesem Jahr die Tschekoslowakei in der Vertretung der Kleinen Orient im Völkerbundrat ablösen. Ferner soll an die Stelle Schwedens Holland treten. Man rechnet außerdem mit einer Wiederwahl Belgiens und einer Neuwahl Finnlands.

Heute Vollziehung der Völkerbundsversammlung.

Genf. Entgegen der gestern vormittag vom Vorstandsbüro getroffenen Disposition, wonach die nächste Vollziehung der Völkerbundsversammlung am Mittwoch nachmittags stattfinden sollte, ist nunmehr die nächste Vollziehung bereits auf heute Dienstag nachmittags angelegt worden. Auf ihr wird u. a. der polnische Minister des Auswärtigen Jaleski das Wort ergreifen. Man bringt diese Vorverlegung der nächsten Vollziehung damit in Zusammenhang, daß der Regensburger Völkerbundsversammlung bereits heute vormittag von dem seinem Untersuchungsausschuss ausgearbeiteten Bericht über das neue Wahlverfahren für die nichtständigen Ratmitglieder und die Übergangsbestimmungen für die nächsten drei Jahre vorzulegen kann.

Der Stand der Abrüstungsfragen.

Genf. Der Abrüstungsausschuh der Völkerbundsversammlung hat gestern nachmittags einstimmig beschlossen, der Vollversammlung eine Entscheidung vorzulegen, durch die für den Fall, daß die internationale Abrüstungskonferenz nicht vor der nächsten Vollversammlung zustandekommen sollte, die Einberufung einer besonderen Konferenz zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Zweck der Kontrolle der privaten Waffenherstellung in Erwägung gezogen werden soll.

Das Budget des Völkerbundes für 1927.

Genf. Die Budgetkommission hat gestern die Beratung über das Budget des Völkerbundes für das Jahr 1927 aufgenommen. Das Budget beläuft sich auf 24.615.097 Francs, das sind 1.700.000 Francs mehr als im Jahre 1926.

Veranstaltung der Völkerbund.

Genf. Der Völkerbund hat gestern in der Völkerbundversammlung seinen hier anwesenden Mitgliedern aus den verschiedenen Ländern ein Frühstück, bei dem neben anderen Graf Bernstorff, Lord Robert Cecil und das französische Parlamentarier Professor Parthelemy sprachen. In diesen Reden wurde im wesentlichen der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund berührt und die sich aus dem Eintritt Deutschlands für die ganze Völkerbundsbewegung ergebenden Folgen gemahnt. Dabei prägte Lord Robert Cecil das Wort, daß die „Gemeinschaft der Nationen“ (Société des Nations) nur dann wirklich gedeihen könne, wenn sie, wie das in den deutschen Namen bereits vorweggenommen ist, ein Bund der Völker werde. Die Rede des Professors Parthelemy lenkte sich vornehmlich an die Worte an, die Brand in seiner Begrüßungsansprache an Deutschland am letzten Freitag in der Vollversammlung gesprochen hatte.

Am Nachmittag schloß sich im Hotel Metropole an diese Veranstaltung ein Tee der Deutschen Liga für Völkerbund an, bei dem Graf Bernstorff, Abgeordneter Reichstages, Prof. Dr. Jaech und Abgeordneter Bräutigam sprachen.

In einem bei dieser Gelegenheit bereiteten Kurat wird betont, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vor allem als Kennzeichen der Wandlung des geistigen Zustandes seit Kriegsende bedeutsam sei. Die Aufgabe der deutschen Regierung sei es nunmehr, auf gleichberechtigte Mitwirkung bei der friedlichen Behandlung unvermeidlicher politischer Auseinandersetzungen zu bringen.

Polen und der Völkerbund.

Paris. Der Genfer Berichterstatter des „Journal des Débats“ teilt mit, er habe Grund zu der Annahme, daß Polen für den unwahrscheinlichen Fall, daß es nicht einen erneuerungsfähigen Sitz im Völkerbundrat erhalte, aus dem Völkerbund ausscheiden würde.

Die Türkei und der Völkerbund.

London. Times meldet aus Konstantinopel, offizielle Mitteilungen aus Angora stellten in Abrede, daß die Türkei irgendwelche Schritte unternommen habe, in der Absicht, in den Völkerbund einzutreten. Die Genfer Besuche des türkischen Gesandten in Bukarest und des türkischen Geschäftsträgers in Bern seien rein privater Art. Die Türkei verfolge jedoch eingehend die Tätigkeit des Völkerbundes.

Die Ratifikationsurkunden der Locarno-Verträge in Genf niedergelegt.

Genf. (Antspruch.) Die an den Verträgen von Locarno beteiligten Mächte, nämlich Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien, die Tschechoslowakei und Polen haben heute vormittag im Generalsekretariat des Völkerbundes die Ratifikationsurkunden zu diesen Verträgen niedergelegt. An dem Akt, der sich im Sitzungszimmer des Generalsekretärs Sir Eric Drummond vollzog, nahmen teil: Für Deutschland Reichsaußenminister Dr. Stresemann, für England der Außenminister Chamberlain, für Frankreich Außenminister Briand, für Italien der erste Delegierte Senator Scelba, für Belgien Senator de Braconniere, für die Tschechoslowakei Außenminister Beneš und für Polen der Außenminister Jaleski, die alle von ihren juristischen Bevollmächtigten begleitet waren. Nach Prüfung der verschiedenen Urkunden wurde über deren Niederlegung für jeden einzelnen Vertrag ein besonderes Protokoll angefertigt und von dem jeweils beteiligten Vertreter unterzeichnet. Nach Abschluß dieser Formalitäten richteten die Delegierten gemeinsam ein Telegramm an den Bürgermeister von Locarno. Mit der Niederlegung der Ratifikationsurkunden sind die Verträge endgültig in Kraft gesetzt worden.